

Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in Preußen

Preußen war das Kernland der Deutschnationalen Volkspartei DNVP. Insbesondere im protestantischen Ostelbien war die Partei stark vertreten. Die Bedeutung Preußens kam auch darin zum Ausdruck, dass der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion wie der Vorsitzende der Reichstagsfraktion qua Amt Mitglied des Parteivorstandes war. Jedoch gab es keinen preußischen Landesverband der DNVP. Vielmehr waren die Landesverbände in Preußen auf Provinzialebene organisiert. Bemerkenswert für die preußische DNVP ist neben der starken Präsenz von Großgrundbesitzern unter den Parteifunktionären auch die hohe Anzahl evangelischer Würdenträger, insbesondere der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union.

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 26. Januar 1919 bekam die DNVP 11,2 % der Stimmen. Bei den Verhandlungen um die Landesverfassung konnte die DNVP ihre autoritären Vorstellungen wie die Schaffung eines preußischen Präsidenten, dessen Macht noch über die des Reichspräsidenten hinausgehen sollte, nicht durchsetzen und enthielt sich bei der Abstimmung am 30. November 1920. Schon zuvor hatte sich anlässlich des Kapp-Lüttwitz-Putsches vom 13. März 1920 die antirepublikanische Haltung großer Teile der preußischen DNVP gezeigt. Dieser fand unter der Führung des ostpreußischen Generallandschaftsdirektors und DNVP-Mitglieds Wolfgang Kap statt. Zahlreiche Parteifunktionäre waren auch in Preußen am Putsch und seiner Vorbereitung beteiligt, so dass die Distanzierung der Partei von den Putschisten, die nach dem Scheitern des Unternehmens erfolgte, unglaubwürdig war.

Nach dem Scheitern dieses Putschversuchs setzte sich der Parteiflügel durch, der eine Regierungsbeteiligung der DNVP nicht kategorisch ablehnte. Er strebte die Errichtung eines "Ordnungsstaats" in Preußen nach dem Vorbild Bayerns an, um von dort aus das Reich zu erobern. Mit Hilfe einer Regierungsbeteiligung in Preußen versprach man sich, sich der dortigen Machtressourcen und des politischen Einflusses des größten Landes im Reich zu bemächtigen.

Als die DNVP bei den Wahlen zum ersten preußischen Landtag am 20. Februar 1921 (sowie bei der Nachwahl im oberschlesischen Wahlkreis Oppeln am 19. November 1922) 18,0 % der Stimmen bekam, stieg sie neben der Zentrumspartei zur stärksten bürgerlichen Partei im Landtag auf. Sie wurde zweitstärkste Fraktion hinter den Mehrheitssozialdemokraten (MSPD). Die Regierungsbildung stellte sich als schwierig heraus. Die Weimarer Koalition aus MSPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) verfügte zwar noch

über eine knappe Mehrheit, aber die DNVP sah die Möglichkeit zur Bildung eines rein bürgerlichen Kabinetts. Jedoch strebte das Zentrum keine bürgerliche Regierung unter Beteiligung der DNVP an, sondern eine Erweiterung der Weimarer Koalition um die Deutsche Volkspartei (DVP). Schließlich entschied sich die DNVP, eine bürgerliche Minderheitenregierung zu stützen und das Zentrum ließ sich darauf ein. Am 21. April 1921 wurde der Zentrumsolitiker Adam Stegerwald mit den Stimmen der DNVP zum Ministerpräsidenten gewählt, doch seine Minderheitenregierung hielt nur bis zum 3. November 1921. Die DNVP war an der folgenden Großen Koalition nicht beteiligt und damit das Projekt "Ordnungsstaat" vorerst gescheitert. Obwohl die DNVP weiterhin große Wahlerfolge verzeichnen konnte – am 7. Dezember 1924 erhielt sie 23,7 % der Stimmen, am 20. Mai 1928 17,4 % – gelang es ihr nicht, sich an der Regierung zu beteiligen. Als am 14. Juni 1929 das Konkordat zwischen Preußen und dem Heiligen Stuhl vom Landtag angenommen wurde, stimmte die DNVP dagegen. Einem entsprechenden Staatskirchenvertrag mit den evangelischen Landeskirchen in Preußen gab die Partei im Juni 1931 dagegen ihre Zustimmung. Zwar war auch die preußische DNVP in der Spätphase der Weimarer Republik vom Zerfall des bürgerlichen Parteienspektrums betroffen und bekam bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 und am 5. März 1933 nur noch 6,9 % bzw. 8,8 % der Stimmen, stellte aber nach dem Preußenschlag vom 20. Juli 1932 Minister in den Kommissariatsregierungen.

Literatur:

- FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 101.
- HILDEBRAND, Daniel, Landbevölkerung und Wahlverhalten. Die DNVP im ländlichen Raum Pommerns und Ostpreußens 1918-1924 (Studien zur Zeitgeschichte 39), Hamburg 2004.
- HUBER, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u. a. 1981, S. 744-762.
- MÖLLER, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus 5), Düsseldorf 1985.
- MÖLLER, Horst, Preußen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: NEUGEBAUER, Wolfgang (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin / New York 2001, S. 149-316, hier 200-223.
- OHNEZEIT, Maik, Zwischen "schärfster Opposition" und dem "Willen zur Macht". Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik

1918-1928 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 158), Düsseldorf 2011, S. 47-62, 198-207, 222-231.

THADDEN, Rudolf, Die Geschichte der Kirchen und Konfessionen, in: NEUGEBAUER, Wolfgang (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin / New York 2001, S. 547-712, hier 640-643.

TRIPPE, Christian F., Konservative Verfassungspolitik 1918-1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 105), Düsseldorf 1995.

Empfohlene Zitierweise:

Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in Preußen, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 4103, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/4103. Letzter Zugriff am: 07.05.2024.